

► **SVA:** Das größte Problem der neuen Selbstständigen ist ihre Sozialversicherung – jeder zehnte wird gepfändet. Das Sparpaket verschärft ihre prekäre Lage

Ich-AGs in der Konkursfalle

VON DOMINIK SINNREICH

Das soziale Netz, das sie auffangen soll – es stranguliert viele Selbstständige. Sie sind viel stärker armutsgefährdet als Angestellte (siehe Bericht unten) – und haben in der Sozialversicherung einen gnadenlosen Gegner, wenn es ums Geld-eintreiben geht. Die SVA der gewerblichen Wirtschaft ist für viele mehr Bedrohung als Schutz. Im SVA-Jahresbericht stehen alarmierende Zahlen: 2010 wurden fast 20 Prozent der Versicherten gemahnt, fast jeder zehnte exekutiert – 33.668 Versicherte. Die Geschichten hinter diesen Zahlen gleichen sich: schwankende Auftragslage, unverständliche Bürokratie – und irgendwann ist eine Nachzahlung fällig. Eine Be-

„Natürlich weiß man, dass eine Nachzahlung kommt. Aber ich muss ja auch leben.“

Werner Brix SVA-Opfer



Protest: Die jüngste Aktion der „Amici“ in der vergangenen Woche gegen die Einschnitte durch das Sparpaket: Sie werden vor dem Parlament auf einem Triple-A gekreuzigt

troffene sagt: „Dann steht man vor der Wahl. Zahl' ich die Zahnsperre für das Kind oder die SVA?“ Natürlich die Zahnsperre – aber dann verrechnet die SVA acht Prozent Zinsen für die Stundung.

Fälle Härtefall? Einzelschicksal? Die SVA produziert viele Einzelschicksale. Die Journalistin, die mit 750 Euro pro Monat sich und zwei Kinder versorgt: „Ich hatte zwei Exekutionsdrohungen. Ich habe gerade die Schullandwochen für die Kinder gezahlt. Dafür ist die Miete noch offen.“

Die krebserkrankte Unternehmerin, die ihre Firma zusperrn müsste, um eine Frührentenrente zu erhalten. „Sollte es mir aber später besser gehen, stünde ich ohne Arbeit da.“ Die Grafikdesignerin, der die SVA den Selbstbehalt nicht erlässt. Sie hat Multiple

Sklerose und bräuchte viele Facharzt-Besuche. „Ich müsste jedes Mal 20 Prozent selbst zahlen. Ich habe die Behandlung abgebrochen.“

Wenn Selbstständige krank werden, wenn ihre Auftragslage schwankt – die SVA will trotzdem Geld. Zusatzversicherungen für diese Fälle können sich nur Gutverdiener leisten. Die Unternehmensberaterin Martina Schubert coacht seit 15 Jahren Ich-AGs und leitet das „Forum zur Förderung der Selbstständigkeit“. Sie sagt: „Die Steuern durchschauen noch die meisten. Die SVA gar nicht, auch die Beamten selbst nicht. Wir bräuchten ein System, das man mit Maturaniveau versteht.“

Höchst- und Mindestbeitragsgrundlage seien extrem ungerecht, sagt sie: Das führe dazu, dass jene mit den

niedrigsten Einkommen „der SVA 33 Prozent ihrer Einkünfte abliefern, Topverdiener nur zwölf Prozent.“ Das Sparpaket trifft Selbstständige hart (siehe unten) – am Verhandlungstisch hat niemand für sie gekämpft.

Die Sozialpartnerschaft ist mit den Selbstständigen überfordert: Die Arbeiterkammer ist für Arbeitnehmer da. Die Wirtschaftskammer will Arbeitgeber vertreten, nicht Ich-AGs. Dabei

Selbstständige: Verschärfte soziale Lage

Armut Selbstständige haben ein doppelt so hohes Armutsrisiko wie Unselbstständige (9 statt 4 %). Das Median-Einkommen ist um ein Drittel geringer; laut „Amici delle SVA“ ist die SVA für die Hälfte der Unternehmer-Konkurse verantwortlich.

stellen sie in der WKÖ längst die Mehrheit: 55,6 Prozent der Mitglieder sind Ein-Mann- oder Ein-Frau-Firmen. Immer mehr werden in die (Schein-)Selbstständigkeit gedrängt. Im Vorjahr haben die Lobbylosen deshalb eine eigene Lobby gegründet: Die „Amici delle SVA“. Der Name soll bewusst an italienische Zustände erinnern. Auf Facebook hat die Gruppe 3600 Mitglieder; der harte Kern rückt regelmäßig

Sparpaket Die Regierung hat die bereits geplante Senkung der Mindestbeitragsgrundlage gestrichen – sie hätte Geringverdiener entlastet. Außerdem werden die Pensionsvorauszahlungen schneller und höher als geplant nach oben geschraubt.

„Auf Dauer macht das ja keiner, wenn er nicht davon leben kann. Man muss sich durchbeißen.“

Christoph Leitl SVA-Obmann

zu Protestaktionen aus – wie letzte Woche vor dem Parlament (Bild). Werner Brix ist das Gesicht der Gruppe. Er ist Kabarettist, tritt in ORF-Serien auf – und lebt von 1300 Euro im Monat. „2009 war ein gutes Jahr. Jetzt kommt die Nachzahlung: 6000 Euro. Ich hab das natürlich gewusst. Aber was soll ich tun, ich muss ja auch leben?“

Falle In der SVA-Chefetage heißt es, man sei ja selbst unglücklich mit der Lage. Aber man dürfe von der Vorgabe des Gesetzgebers nicht abweichen, sagt Direktor Peter

McDonald. Im Gegensatz zur Finanz hat die SVA kaum Spielraum für Kulanz: Sie muss qua Gesetz eintreiben.

Christoph Leitl ist als SVA-Obmann und WKÖ-Präsident gleich doppelt mit dem Problem befasst. Er verweist darauf, dass es Verbesserungen gegeben habe. Aber er sagt auch: „Auf Dauer macht das ja keiner, wenn er nicht davon leben kann. Man muss sich schon durchbeißen.“ Die SVA sieht die Probleme, sieht sich aber schuldlos. Nur: Wo ist dann der Aufschrei gegen die Belastungen im Sparpaket, wo der Kampf für die Klienten?“

McDonald: „Ein Aufschrei hilft weniger als Überzeugungsarbeit.“ Aber die leistet eben niemand ernsthaft. Bis auf Weiteres gilt also der Befund eines SVA-Opfers: „Wir sind die Lücke im System.“

SPAREN BEI DER POLITIK

Mehrheit der Jungen will die Landesparlamente abschaffen

Zehn Prozent weniger National- und Bundesratsabgeordnete, zwei Minister weniger – das soll der Sparbeitrag der Politik sein. So wollen es Kanzler Werner Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger für die Zeit nach der Nationalratswahl im kommenden Jahr. Eine Arbeitsgruppe im Parlament wird sich demnächst im Detail mit diesem Vorhaben auseinandersetzen. Konkret sollen künftig etwa nur noch 165 statt 183 Mandatäre im Nationalrat sitzen.

Viele Abgeordnete haben – auch via KURIER – kritisiert, dass nicht nur bei den Bundespolitikern gespart werden sollte, sondern auch auf Länderebene etwas geschehen müsse.

Damit sprechen die Kritiker den Bürgern aus der Seele. Denn der Bevölkerung reicht es nicht, dass nur im Bund Polit-Personal abgebaut werden soll. Sie will, dass in den Bundesländern ebenfalls etwas passiert. Eine OGM-Umfrage für den KURIER ergibt, dass 52 Prozent der Österreicher auch kleinere Landtage möchten; 25 Prozent drängen gar darauf, die Landesparlamente abzuschaffen (siehe Grafik).

Schlanker In Summe wollen also fast 80 Prozent der Befragten, dass die Landtage nicht bleiben, wie sie sind. „Es gibt die Grundtendenz, dass die Politiker bei sich selbst, etwa bei ihrem Gehalt, sparen – und dass die



Als Quatschbuden empfinden Junge Landtage, sagt Bachmayer

Institutionen schlanker werden sollen“, analysiert OGM-Chef Wolfgang Bachmayer.

Bemerkenswert: Am radikalsten sind die unter 30-Jährigen. Eine relative Mehrheit von ihnen will die neun Landesparlamente entsorgen; das Gros der Älteren möchte sie lediglich perso-

nell dezimieren. Bachmayers Befund lautet: „Die Jüngeren empfinden die Landtage teilweise als überdimensionierte Quatschbuden mit geringer politischer Wirkung. Daher halten sie sie für entbehrlich.“ Dafür drängen zwei Drittel der Älteren auf weniger Landtagsmandatäre.

Identitätsstiftend Fazit von Meinungsforscher Bachmayer: „Es gibt den Wunsch der Bevölkerung, den Föderalismus und die politischen Verwaltungsebenen zu reduzieren, ohne die Bundesländer infrage zu stellen – weil diese Regionen identitätsstiftend sind. Die Steiermark zeigt vor, wie es geht.“ – Karin Leitner

KURIER-OGM-UMFRAGE

Die Regierung will die Zahl der Abgeordneten im Parlament reduzieren. Sollen Ihrer Meinung nach auch die Landtage verkleinert werden?
(Angaben in Prozent, Rest auf 100 %: weiß nicht, keine Angabe)

Landtage sollen gleichbleiben verkleinert werden abgeschafft werden

Gesamtbevölkerung



unter 30-Jährige



unter 50-Jährige



über 50-Jährige



KURIER Grafik: Breineder, Quelle: OGM/Februar 2012, 501 Befragte, maximale Schwankungsbreite ± 3,6 %